
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 4
Natur- und Umweltausschuss
am 06.12.2011
Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Jürgen Kerl (SPD)	anwesend bis 17.10 Uhr
Ingrid Kroll (SPD)	
Sascha Kudella (SPD)	anwesend bis 17.30 Uhr
Walter Teumert (SPD)	
Manuela Werbinsky (SPD)	
Michael Dobrowolski (CDU)	
Wilfried Feldmann (CDU)	
Claudia Gebhard (CDU)	
Elke Middendorf (CDU)	
Carl Schulz-Gahmen (CDU)	
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Gero-Heinrich Bangerter (FDP)	
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)	
Dieter Albert (FWG)	
Dr. Matthias Laarmann (GFL)	
Ursula Lindstedt (SPD)	

sachkundige Bürger

Heinrich Behrens (SPD)

Norbert Enters (SPD)

Hans-Jürgen Allendörfer (FDP)

Ulrich Knies (SPD)

anwesend bis 17.35 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Dr. Timpe, Dez. II - anwesend bis einschließlich TOP 6

Herr Holzbeck, L FB 69

Herr Dr.-Ing. Schult, FB 69

Herr Driesch, FB 69

Frau Scholz, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Fraktion

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Teumert begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Punkt 2

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der räumlichen Planung;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.05.2011

Punkt 3

208/11

Produktorientierter Haushalt 2012 – Budget Natur und Umwelt

Punkt 4

202/11

Zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna

vom 07.12.1998 (12. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2012

Punkt 5

185/11

Wettbewerb „Biologische Vielfalt in privaten Gärten“

- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2011 -

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

217/11

Grunderwerb in Unna zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 8

218/11

Grunderwerb in Werne zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner/innen

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der räumlichen Planung;

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.05.2011

Erörterung

Herr Dr.-Ing. Schult entschuldigt den Kollegen von der Stadt Kamen Herrn Dr.-Ing. Liedtke, der einen anderen Termin wahrnimmt und trägt anhand einer Folienpräsentation vor, welche dieser Niederschrift als

Anlage 1 beigelegt ist. Herr Dr.-Ing. Schult hat gemeinsam mit Herrn Dr.-Ing. Liedtke eine Dissertation zum Thema „Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der räumlichen Planung – Tendenzen und Perspektiven am Beispiel der verbindlichen Bauleitplanung im Kreis Unna“ erarbeitet und stellt diese, wie bereits angeführt, vor.

Im Anschluss an den Vortrag teilt der Vorsitzende, Herr Teumert, mit, dass in Bönen 10 von 11 Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt worden seien und es dort schon sehr früh die Berichtspflicht gegeben habe. Alle zwei Jahre sei mit dem dortigen Ausschuss eine Fahrradtour durchgeführt worden, damit die Umsetzung der Maßnahmen hätte betrachtet werden können.

Auf Nachfrage teilt Herr Dr.-Ing. Schult mit, dass es eine Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden gebe und bereits erste Gespräche mit den Planerinnen und Planern stattgefunden hätten. Jetzt gehe es in eine konkrete Aufarbeitung. Zu einer weiteren Nachfrage erörtert er, dass die Umsetzung des Ausgleichsmanagements zurzeit sehr gut laufe.

Herr Kudella regt an, dass es wünschenswert sei, wenn sich alle Städte und Gemeinden dem Ausgleichsmanagement anschließen würden. Er fragt nach, ob es zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen einen Zeitrahmen gebe, in dem an die Städte und Gemeinden herangetreten werde. Herr Holzbeck antwortet, dass die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Maßnahmen an die örtlichen Satzungen gebunden seien. Hier läge somit eine Eigenverpflichtung der Kommunen vor.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass dieses Thema in der Bürgermeisterkonferenz nicht angesprochen worden sei. Es spräche aber nichts dagegen, das Thema aus Anlass der Dissertation erneut aufzunehmen.

Herr Dr.-Ing. Schult erläutert zur Frage, nach welchen Kriterien die Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen würden, anhand folgenden Beispiels: In einer Gemeinde sei eine Aufforstung vorgesehen gewesen, der Rat habe sich aber dann für eine Grünlandfläche entschieden. Der Aufforstung hätten Sichtstörungen der Nachbarn entgegengestanden. Hier lasse sich erkennen, dass nicht jede Maßnahme in das Konzept passe.

Auf weitere Nachfragen teilt Herr Dr.-Ing. Schult mit, das Innovative der Arbeit sei gewesen, dass wirklich ALLE Bebauungspläne durchforstet worden seien. Herausgestellt habe sich, dass es von Bedeutung sei, sich mit dem Flächenmanagement zu beschäftigen. Es müsse ein Konzept geben und dann müsse geschaut werden, ob die jeweilige Kommune gemeinsam mit dem Kreis arbeite oder alleine, denn die Zuständigkeit bleibe immer bei der jeweiligen Kommune. Verbündete seien z.B. einige Wohnungsbaugenossenschaften; die hätten eine andere Flächenpolitik.

Der Vorsitzende teilt mit, dass in Bönen die Erfahrung gemacht worden sei, dass eine Umsetzung der im Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen auf den Baugrundstücken durch die Leute, die später dort gebaut hätten, sehr schwer gewesen sei. Hier sei eine Kontrolle schwierig. Die anderen Modelle hätten sich hingegen als erheblich nachhaltiger erwiesen. Eigentlich seien Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Baugebietes ökologisch sinnvoller, da eine viel größere Vernetzung im Innenbereich vorläge.

Auf eine Nachfrage, warum sich einige Kommunen dieser Regelung nicht anschließen, teilt Herr Dr. Timpe

mit, dass dies auf der Ebene der Bürgermeisterkonferenz stattfände. Die Gründe, warum sechs von zehn Kommunen noch nicht beteiligt wären, seien sehr unterschiedlich. Es sei zum Teil eine Personalfrage und zum Anderen auch einfach Ignoranz, die bereits im Vorfeld stattfände. Die Wichtigkeit werde hier nicht gesehen. Die vier bereits beteiligten Gemeinden hätten allerdings keinerlei Bedenken zu einer weiteren gemeinsamen Zusammenarbeit mit dem Kreis Unna.

Herr Teumert äußert zur Nachfrage, wie es in Zukunft weitergehe, dass die Zuständigkeit in erster Linie bei den Kommunen läge, da diese das Bau- und Planungsrecht inne hätten.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass dieser Ausschuss an die Kommunen appellieren solle, die aufgezeigten Defizite möglichst zeitnah, in den nächsten 3 Jahren, zu beheben. Die Verwaltung werde beauftragt, aktiv auf die verbleibenden sechs Kommunen zuzugehen und dort für die Übertragung des Ausgleichsflächenmanagements zu werben. In 2-3 Jahren solle ein erneuter Bericht erfolgen.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

Punkt 3

208/11

Produktorientierter Haushalt 2012 – Budget Natur und Umwelt

Erörterung

Herr Dr. Timpe teilt mit, dass die Verwaltung Konsolidierungsbeschlüsse des Kreistages befolgt habe, u.a. die Rückführung gewerblicher Abfallberatung auf ein niederes Niveau (4. Teilbeschluss). Des Weiteren läge im Vergleich zum Budget 2011 eine Ergebnisverbesserung im Sinne der Kreisfinanzwirtschaft und der Kreisumlage vor, hier insbesondere in einem deutlichen Rahmen im Teilergebnisplan 69. Im gesamten Bereich der Landschaftspflege verwende der Fachbereich 69 keine kreiseigenen Mittel, insofern auch ohne Beanspruchung der Kreisumlage. Es werde dort mit Ersatzgeldern und entsprechenden Landesmitteln gearbeitet. Dies halte Herr Dr. Timpe aus finanzwirtschaftlicher Sicht für bemerkenswert und durchaus prägend. Er macht eine Anmerkung zur Änderungsliste des Landrates, in der in Bezug auf die Ökologie-Station ein Betrag in Höhe von 80.000,- € zur Abstimmung vorgeschlagen werde. Damit sollen drei Maßnahmen realisiert werden. Dies habe nichts mit dem Gästehaus, sondern mit dem umweltpädagogischen Angebot zu tun. Es handele sich um eine offene Remise, einen Bolzplatz und um eine vernünftige technische Ausstattung des ehemaligen Privatgartens.

Die Haushaltsansätze des Budgets Natur und Umwelt für das Haushaltsjahr 2012 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

202/11

Zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (12. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2012

Erörterung

Herr Holzbeck verweist auf Seite 2 der Sitzungsvorlage und teilt mit, dass es im Jahr 2012 für die Städte und Gemeinden zu einer Entlastung bei den Abfallgebühren in Höhe von 1,5 % (rd. 275.000,- €) käme. Er erläutert die Begründung der Vorlage bzw. die Zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (12. ÄS).

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die als Anlage 1 beigefügte zwölfte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (12. ÄS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

185/11

Wettbewerb „Biologische Vielfalt in privaten Gärten“

- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2011 -

Erörterung

Herr Behrens teilt für die SPD-Fraktion mit, dass der Naturschutzbund (NABU) einmal jährlich eine Zählung der Vogelwelt in den innerstädtischen Bereichen, somit in den Hausgärten, durchführe und die Zahlen veröffentliche. Es solle für eine Vielfalt in den Gärten gesorgt werden, denn dadurch entstehe auch eine Vielfalt in der Vogelwelt. Das vorgestellte Projekt könne dazu beitragen, dass auch in den Gärten im Kreis Unna mehr Vielfalt entstehe.

Herr Schulz-Gahmen äußert sich für die CDU-Fraktion dahingehend, dass die Vielfalt in der Natur durchaus wichtig sei, aber das Projekt beim Kreis Unna nicht richtig angesiedelt sei. In der Verwaltung könne ein zu hoher Personalaufwand entstehen. Die CDU spräche sich dafür aus, das Projekt an den NABU oder Garten- und Landschaftsbau (GALA-Bau) abzugeben. Die Verwaltung könne dann die benannten 1.500,- € einbringen, aber die Organisation, Ausschreibung und Auswertung solle durch den Träger erfolgen.

Herr Bangerter teilt für die FDP-Fraktion mit, dass der Antrag durchaus auf Wohlwollen stoße. Fraglich sei aber, warum diese Initiative vom Kreis Unna angestoßen werden müsse. Die FDP-Fraktion könne sich vorstellen, dass z.B. der NABU das Projekt übernehme. Es sollen Gespräche geführt werden, die klärend dazu beitragen, ob der Kreis mit den finanziellen Mitteln unterstützend mitwirken könne.

Herr Dr. Laarmann stimmt im Namen der GFL-Gruppe seinen Vorrednern zu und teilt mit, dass gegen die benannten Ziele keine Bedenken bestünden.

Herr Dr. Timpe erörtert zum Thema, dass der Personalaufwand nicht zu hoch angesiedelt werden solle. Es müsse zunächst geprüft werden, ob der NABU, GALA-Bau-Verbände, Siedlerverbände o.a. beteiligt werden könnten. Er macht den Vorschlag, der Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung Zeit zu geben, damit ermittelt werden könne, wer als Beteiligter in Frage käme. Eine gute Frage sei, ob die Verwaltung sich den

Personalaufwand leisten könne. Hier werde durchaus im Rahmen der vorhandenen Ressourcen eine Möglichkeit gesehen.

Herr Teumert erklärt zusammenfassend, dass der Kostenrahmen sowie die Zielsetzung nicht in Frage stehe. Bedenken bestünden eher darin, dass die Verwaltung den Auftrag zur Durchführung des Wettbewerbs erhalte. Die Verwaltung solle nun ein Konzept in Zusammenarbeit mit einem möglichen Partner erstellen.

Herr Behrens spricht sich für eine kreisweite Bekanntmachung des Wettbewerbs aus. Daraufhin könnten sich interessierte Bürger (Gartenbesitzer) bewerben. Die Besten würden dann anhand eines Kriterienkatalogs bewertet.

Herr Schulz-Gahmen lehnt diesen Vorschlag ab und stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. Timpe zu. Nach dem Vorliegen der Ergebnisse solle eine Entscheidung getroffen werden und dann könne auch die Veröffentlichung, die Herr Behrens vorgeschlagen habe, durchgeführt werden.

Frau Bürhaus äußert sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahingehend, dass das Projekt auf der Kreisebene nicht richtig angesiedelt sei und auf die städtische Ebene verlagert werden solle. Heute würde somit keine Zustimmung erfolgen.

Herr Allendorfer schließt sich seinem Vorredner, Herrn Bangerter, an. Den Antrag der SPD erachte er als gut. Er bittet die SPD-Fraktion, den Antrag in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern ihn bis zur Klärung einiger Punkte in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Vorsitzende hält fest, dass der Antrag als sinnvoll erachtet werde, die Umsetzung Fragen aufwerfe, die in der heutigen Sitzung nicht geklärt werden könnten. Der Vorschlag lautet wie folgt:

Der Landrat wird beauftragt, bis zur nächsten Ausschusssitzung in Zusammenarbeit mit möglichen Partnern ein Konzept für einen Wettbewerb „Naturnahe Gärten im Kreis Unna“ vorzulegen. Partner könnten Städte, Verbände oder Sonstige sein. Die Verwaltung solle einen Vorschlag zur Realisierung erarbeiten.

Herr Behrens erklärt sich für die SPD-Fraktion mit der Verschiebung und dem Auftrag an die Verwaltung einverstanden.

Herr Bangerter teilt mit, dass er das Gefühl habe, man bewege sich innerhalb des Ausschusses auseinander. Die Verwaltung solle zunächst Gespräche mit möglichen Partnern führen und die Frage klären, wie das Projekt umgesetzt werden könne.

Abschließend fasst der Vorsitzende das Ergebnis der Beratungen so zusammen, dass die Verwaltung den Auftrag erhalte, mit möglichen Partnern ein Konzept zu erstellen.

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Wertstofftonne – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe

Es gebe Gespräche mit den Städten und Gemeinden, wenn möglich, die Wertstofftonne, möglichst kostenneutral, in kommunaler Regie einzuführen. Gebührenneutral könne nur dann möglich sein, wenn eine Mitbenutzung der Wertstofftonne durch die vom Dualen System Beauftragten, insbesondere die Firma Remondis, gegen Entgelt vereinbart werden könne. Rechtlich sei dies möglich und mit der Firma Remondis seien bereits Gespräche aufgenommen worden. Diese hätten einen vernünftigen Zwischenstand. Insofern könne er nicht ausschließen, dass im Rahmen des Abfallwirtschaftskonzeptes,

mit einem substanziellen Hintergrund, dieser Vorschlag im Konsens mit den Städten und Gemeinden unterbreitet werde.

2. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe

Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung des Natur- und Umweltausschusses am 22.02.2012 einen Verwaltungsentwurf zur Beratung einbringen. Er hoffe dann auf eine Beschlussempfehlung an den Kreistag, damit nach Möglichkeit im 2. Quartal eine Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgen könne.

3. Massen 3 / 4 – Mitteilung von Herrn Dr. Timpe

Die Erklärung des AAV zur Beteiligung von 80 % an der Sanierung vorläge. Für Januar bzw. spätestens Anfang Februar 2012 sei eine weitere Informationsveranstaltung für die unmittelbar Betroffenen geplant. Zu erwarten sei, dass man sich Ende des Jahres 2012 in der Sanierung befände.

4. Gutachten von Trianel – Anfrage von Herrn Dr. Laarmann

Die kürzlich dem Oberverwaltungsgericht Münster vorgelegten Gutachten von Trianel enthielten grundlegende Aussagen für Umweltbelastungen in unserer Region. Er fragt nach, ob es diesbezüglich eine kritische Revision dieser Aussagen geben werde.

Herr Dr. Timpe antwortet, dass das Urteil mit Blick auf die Gesamtbelastungen im unmittelbaren Umfeld genau betrachtet würden, auch wenn die Verfahrensführung bei der Bezirksregierung läge. Das Thema CO₂, Immission pro Kopf in der Bevölkerung, solle diskutiert werden, sobald zum Klimaschutzprogramm vorgetragen werde.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

217/11

Grunderwerb in Unna zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 8

218/11

Grunderwerb in Werne zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 9

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung

17.50 Uhr

Anlage

Bericht zur Dissertation des Herrn Dr.-Ing. Schult und Herrn Dr.-Ing. Liedtke

Teumert

Vorsitzender

Scholz

Schriftführerin